Abstract zu “Die politische Ökonomie von Sozialtransferprogrammen” – Anna Giolbas

Die Dissertation besteht aus vier Artikeln zur politischen Ökonomie von Sozialtransferprogrammen. Das Thema und die zugrundeliegende Theorie werden im 1. Kapitel vorgestellt. Gemäß der einflussreichen Medianwähler-Theorie, sollte die Umverteilungsquote mit Demokratisierung und Ungleichheit steigen. In empirischen Studien kann dieser Zusammenhang jedoch nicht eindeutig bewiesen werden.

In Kapitel 2 wird ein neuer Datensatz zu Sozialtransferprogrammen (NSTP) in Entwicklungsländern vorgestellt. Der Datensatz gibt einen umfassenden Überblick über große Sozialtransferprogramme: progressive und institutionalisierte staatliche Einkommenstransfers, welche darauf abzielen die Armut zu reduzieren und oftmals Anreize setzen in Humankapital zu investieren. Das Kapitel dokumentiert die Zunahme solcher Programme, beschreibt ihre Ausgestaltungsmerkmale und schlägt Anwendungen des Datensatzes vor, welche in Kapiteln 3 und 4 aufgegriffen werden.

Kapitel 3 untersucht den Zusammenhang zwischen Regimetypen und dem Einsatz von Sozialtransferprogrammen mit und ohne Bedingungen an Humankapitalinvestitionen der Empfänger. Da bedingungslose Transfers unmittelbar wirken, ist es wahrscheinlicher, dass sie dafür genutzt werden politische Opposition und Widerstand zu verhindern. Der Nutzen von bedingten Transfers, die an Schul- und Arztbesuche geknüpft sind, tritt mit erheblicher Verzögerung ein. Daher kann man davon ausgehen, dass sie seltener für politische Zwecke instrumentalisiert werden und eher langfristigen Entwicklungszielen dienen. Anhand des neuen NSTP Datensatzes wird gezeigt, dass bedingungslose Transfers in der Tat häufiger in nicht-demokratischen Ländern eingesetzt werden. Transfers mit Bedingungen kommen häufiger in demokratischen Ländern vor, insbesondere ist ihr Anteil in Demokratien höher. Unterschiedliche Motive für den Einsatz von bedingten und bedingungslosen Transfers in unterschiedlichen Regimetypen könnten erklären warum Demokratien nicht grundsätzlich mehr Sozialtransferprogramme unterhalten.

Wie Rent Seeking die Methode zur Auswahl von Transferempfängern beeinflusst wird in Kapitel 4 untersucht. Der NSTP Datensatz unterscheidet sechs Auswahlmethoden: categorical targeting, geographical targeting, community-based targeting, means testing, proxy means testing und self-targeting. Die Methoden werden nach ihrem Potential zur politischen Manipulation unterschieden, welches als höher bewertet wird, wenn ein Mittelsmann in den Prozess der Auswahl von Empfängern eingebunden ist (community-based targeting und means testing) oder die Regierung Mittel in bestimmte Regionen lenken kann (geographical targeting). Es wird ein einfaches retrospektives Wählermodell vorgestellt gemäß dessen korruptere Regime dazu neigen Mittelsmänner einzubeziehen. Anhand einer Instrumentalvariablen-Strategie, die auf den durchschnittlichen Rent Seeking Werten in Nachbarländern beruht, wird die Vorhersage des Modells empirisch bestätigt.

Während Kapitel 3 und 4 die Determinanten bestimmter Ausgestaltungsmerkmale von Umverteilungsprogrammen analysieren, stehen in Kapitel 5 individuelle Umverteilungspräferenzen im Vordergrund. Der Theorie zufolge werden Umverteilungspräferenzen durch Ungleichheit bestimmt. Dies setzt jedoch voraus, dass Individuen über die Ungleichheit Bescheid wissen. Aktuelle Studien stellen allerdings eine Diskrepanz zwischen subjektiv wahrgenommener und objektiv gemessener Ungleichheit fest. Kapitel 5 gibt Aufschluss darüber wie die subjektive Wahrnehmung über die Ungleichheit gebildet wird und analysiert ihren Einfluss auf Umverteilungspräferenzen. Wahrnehmungen über die Ungleichheit und Umverteilungspräferenzen werden dem kumulierten Social Inequality Datensatz des International Social Survey Programme (ISSP) entnommen. Die Daten sind für 21 Industrienationen in den Jahren 1992, 1999 und 2009 verfügbar. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wahrnehmung über die Ungleichheit von objektiv gemessener Ungleichheit (Gini Index), anderen Variablen die mit Ungleichheit zusammenhängen (Armut- und Arbeitslosenquote), sowie

zukünftiger Ungleichheit (öffentliche Bildungsausgaben) abhängt. Umverteilungspräferenzen korrelieren nur sehr schwach mit objektiv gemessener Ungleichheit aber sehr stark mit subjektiver Wahrnehmung über die Ungleichheit. Dies zeigt die Bedeutung von subjektiver Wahrnehmung für politische Präferenzen.